P r e s s e e r k l ä r u n g

Fraktion der
Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands im
Rat der Stadt
Braunschweig

2. März 2010

Pressemitteilung ist Gipfel der Geringschätzung

Mit Empörung hat Manfred Pesditschek, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, auf die jüngste Pressemitteilung von CDU-Oberbürgermeister Dr. Hoffmann zur Tarifeinigung im Öffentlichen Dienst reagiert. „Die Kritik des Oberbürgermeisters entspricht seiner bisherigen Haltung als Scharfmacher im Tarifkonflikt und ist insofern nicht überraschend“, erklärt der Politiker, der auch Vorsitzender des Finanz- und Personalausschusses ist. „Offensichtlich ist OB Dr. Hoffmann nicht bereit zu würdigen, dass die Verhandlungspartner sehr wohl die schwierige Situation der öffentlichen Kassen berücksichtigt haben. Bei einer Laufzeit des Vertrages von 26 Monaten und einem Abschluss von 2,5 % entspricht das Ergebnis einer Tarifsteigerung von 1,1 %, auf das Jahr bezogen. Damit erhalten die Arbeitnehmer des Öffentlichen Dienstes nicht einmal einen Inflationsausgleich. Wegen der in Braunschweigs Stadtverwaltung eingeführten Wiederbesetzungssperre von neun Monaten bedeutet das im Endeffekt: Mehr Arbeit für weniger Geld. Was will der OB seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern denn noch zumuten?“

„Geradezu grotesk und beleidigend sei in diesem Zusammenhang der Verweis auf „griechische Verhältnisse“. Überfordert seien die öffentlichen Haushalte nicht durch die Gehälter der Beamten und Angestellten, sondern durch unzureichende Finanzausstattung der Kommunen bzw. der öffentlichen Hand insgesamt. Die Einnahmeausfälle durch das Steuerentlastungsgesetz 2010 und die Kürzungen im Finanzausgleich betrügen ein Mehrfaches der zusätzlichen Personalkosten. Beides sei der Stadt durch seine Parteifreunde in Hannover und Berlin eingebrockt worden. Damit solle sich Dr. Hoffmann vorrangig auseinandersetzen“, so der Politiker.

„In seiner Pressemitteilung habe der OB außerdem erklärt, die Verwaltung – also er – hätte gehofft, die bereits eingeplanten Tariferhöhungskosten für den Winterdienst einsetzen zu können. Diese Aussage sei in ihrer Schlichtheit kaum zu übertreffen und stelle den Gipfel der Geringschätzung der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dar“, erklärte Pesditschek.

gez. Stefan Wilke
Fraktionsgeschäftsführer